



Hippe Models, bunte Farben: Betreiberfirma Grand City Project verspricht viel, doch mehr und mehr entspricht der Traum nicht der Realität im Uni-Center.

Bild: stern

HANDEL

Das Uni-Center wird leer

Die Unibuchhandlung Schatten, das Restaurant Summa Cum Laude, der Uni-Grill, das Querenburger Brillenstudio, Jeans Fritz und das Reisebüro im Uni-Center: All diese Geschäfte mussten oder werden in Kürze schließen.

Sollte die Zeit der endlosen Zoom-Seminare einmal vorbei sein, werden Studierende bei der Rückkehr auf den Campus eine stark veränderte Shoppingwelt vorfinden. Wie häufig vermutet, zeigt sich in diesem Winter während der zweiten Pandemie-Welle,

welche Geschäfte und Gastrobetriebe es schaffen, zu überleben. Eine besonders schwere Zeit kommt auf kleine Geschäfte, die nicht Teil einer Kette sind, zu. So auch im Uni-Center, wo gegen Jahresende eine Reihe von alt eingebrachten Traditionsläden die Pforten schließt – oder dies bereits getan hat. Während die Berliner Betreiberfirma mit bunten Reklamen und hoffnungsvollen Botschaften eines Neuerblühens der Einkaufsstraße Schaufenster nach Schaufenster drapiert, lässt eine Erneuerung seit der Übernahme im Jahr 2016 auf sich warten – und viele Geschäftsinhaber:innen fühlen sich allein gelassen. Mehr zu den Hintergründen lest Ihr in dieser Ausgabe.

:Die Redaktion

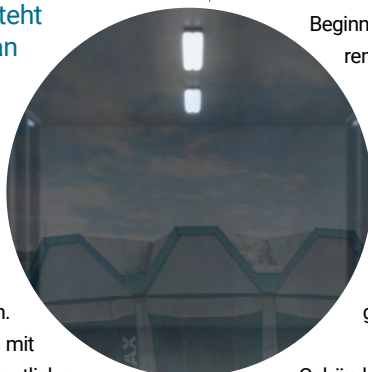
➔ MEHR AUF SEITE 4

ALLES NEU

Neues Gebäude auf dem Campus

Ein Neubau löst den alten Serverraum im NA-Gebäude ab. Das Bauwerk entsteht neben dem Technischen Zentrum an der RUB.

Die RUB macht Fortschritte. Auf dem Campus wird gebaut: Ein neues Datacenter entsteht. Auf einer Gesamtfläche von 868 Quadratmetern soll neben dem Technischen Zentrum ein neuer Serverraum oder eher ein Servergebäude errichtet werden. Die Gesamtfläche wird für zwei Serverräume mit insgesamt 317 Quadratmetern genutzt, der restliche Platz für technische Betriebsräume der Infrastruktur benötigt. Untergebracht werden in dem neuen Datacenter im Erstausbau 72 umluftgekühlte und sechs wassergekühlte Serverracks. Es ist aber



noch Platz für 20 weitere luftgekühlte und 15 wassergekühlte Reihen. Um in der Gestaltung flexibel zu sein und zu bleiben, wurde von Beginn an eine 100 Quadratmeter große Fläche neben dem Neubau freigehalten, um gegebenenfalls anbauen zu können. „Da sich die Entwicklung der IT an der RUB nur schwer prognostizieren lässt, haben wir bei der Planung großen Wert auf Skalierbarkeit von Fläche und Infrastruktur gelegt“, erläutert Rainer Wojcieszynski, der von Beginn an beim Projekt dabei ist. Das Datacenter ist im remotebetrieb angelehnt. Es wird rein als Maschinenraum aus der Ferne betrieben, ohne Arbeitsplätze.

Mit Strom versorgt wird das Gebäude über zwei redundante Strompfade mit zusätzlich einer Netzersatzanlage. Die schaltet unterbrechungsfrei zu, sollte es zu einem Stromausfall kommen. Die RUB hat scheinbar aus 2015 gelernt. Ebenso sind Netzverbindung und Klimatisierung mehrfach gesichert.

Ende 2021 sollen die Server in das neue Gebäude umziehen. Spürbar soll dies nur für Beschäftigte bei IT-Services und den jeweiligen Systemadministrator:innen sein, der Rest der RUB-Welt soll das nicht bemerken.

:Kendra Smielowski

:bszank – Die Glosse

Kurz mal 'ne App entwickeln? Easy. Was viiiiele geniale Entwickler:innen unsagbar umständlich, zahlenlastig und für viele unverständlich in eine anti-wundervolle werbungsverstopfte App prügeln, kann man auch übersichtlich und verständlich darstellen? Hexenwerk – verbrennt sie! Schon irgendwie traurig, dass es zwei Münsteraner Studis braucht, um eine (cov)idiotensichere App zu bauen, die einem auf einen Blick alles zeigt, was man wissen muss: Aktuelle Fallzahlen, Inzidenzzahlen, Neuzahlen deutschlandweit, neue Infektionen, Todesrate, belegte Intensivbetten und anteilig die für Covid-Patient:innen in der gewählten Stadt, sowie die geltenden Beschränkungen. Statt pöbeln, hier also mal ein Lob: Danke, Ole und Julian aus Münster für Corona-lokal.web.app. Liebe geht raus an Euch x3

:ken

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
Website | bszonline.de
Facebook | :bsz
Twitter | @bszbochum
Instagram | @bszbochum

INTERVIEW

**WAS
MACHT
EIGENTLICH
...**

... der Senat?

Jährlich wählen Studierende die Vertreter:innen der studentischen Statusgruppe im Senat der RUB. Doch was macht der Senat eigentlich und wie sieht die Arbeit eines der wichtigsten Organe der Universität aus? Seit 2017 ist Prof. Jörg Bogumil Leiter des Senats der Ruhr-Universität, davor war er bereits sechs Jahre Mitglied des Gremiums. Nun trat er jüngst seine zweite Amtszeit an. Darüber, wie die Zusammenarbeit zwischen den Statusgruppen klappt und welche Aufgaben im kommenden Jahr anstehen, haben wir mit ihm gesprochen.

:bsz: Was hat Sie dazu bewogen, erneut die Senatsleitung anzutreten und was finden Sie so wichtig an der Arbeit des Senats?

Prof. Bogumil: Der Senat ist das Parlament der Ruhr-Universität. Die Universitäten haben eine starke Form der Selbstverwaltung. Das heißt, sie erlassen selbst ihre Satzungen und dafür ist der

Senat zuständig, wo sich gewählte Mitglieder aller universitären Statusgruppen zusammenfinden. In dieser Amtsperiode steht beispielsweise die Wahl eines neuen Rektors oder einer neuen Rektorin an, aber der Senat ist auch für viele andere wichtige Sachen zuständig. In der Tat hatte ich überlegt, ob ich es nochmal machen soll. Aber ich bin dann von ein paar Leuten gebeten worden, es weiter zu machen, weil ich jetzt schon über eine gewisse Erfahrung verfüge. Aber es macht mir auch Spaß, im Senat zu sein. Da musste man mich gar nicht stark überreden. Das hängt auch damit zusammen, dass die Arbeit sehr positiv war, denn es gab eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Gruppen.

Ich nehme an, dass es dennoch häufiger Meinungs- und Interessensunterschiede zwischen den unterschiedlichen Statusgruppen gibt. Wie befinden Sie die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gruppen?

Die läuft gut. Das liegt vielleicht auch daran, dass wir mittlerweile viel Vertrauen haben und es sind in den ganzen sechs, sieben Jahren auch einige schwierige Entscheidungen im Senat gewesen. Und auch bei vor allem grundsätzlichen Entscheidungen liefen die Konfliktlinien nicht zwischen den Statusgruppen. Wenn

wir Unterschiede hatten, war es keine Sache zwischen Professoren, Wissenschaftlern oder Studenten, sondern diese liefen quer dazu. Das zeigt eher, dass das, was man eigentlich denkt – da sind die Professoren immer gegen die Studenten – zumindest bei uns nicht der Fall war. Klar, gibt es mal unterschiedliche Interessen. Aber wir versuchen natürlich miteinander zu kommunizieren, wenn wir uns nicht immer einig sind und bis jetzt haben wir das immer fair hingekriegt. Ich glaube, das hat viel damit zu tun, dass man versucht zuzuhören, auch im Vorfeld bei den Vorgesprächen und wir bemühen uns auch, obwohl die Professoren die Mehrheit haben, die Interessen der anderen angemessen zu berücksichtigen, weil so eine Gesamtorganisation kann man glaube ich nur führen oder besser gestalten, wenn man den Leuten zuhört.

Sie haben es bereits erwähnt, bereits im kommenden Jahr steht ebenfalls die Wahl eines neuen Rektors oder einer neuen Rektorin an. In der vergangenen Senatsitzung haben Sie bereits eine Findungskommission benannt. Wie geht es nun weiter?

Zunächst muss man erstmal wissen, wer wählt den Rektor oder die Rektorin? Und zwar ist das eine gemischte Wahl. Die eine Hälfte der Stimmen, kann man sagen, hat der Hochschulrat, die andere hat der Senat. Der besondere Trick dabei ist, in beiden Hälften braucht man eine Mehrheit für einen neuen Rektor. Das heißt, sowohl der Senat als auch der Hochschulrat könnten mit einer Mehrheit dagegen stimmen und das verhindern. Beziehungsweise, um das positiv zu formulieren, die Körper müssen sich einigen. Deswegen hat man eine Konstruktion geschaffen, dass man erst eine gemeinsame Findungskommission macht. Die besteht zur Hälfte aus Senatsmitgliedern, zur Hälfte aus Hochschulratsmitgliedern. Dann gibt es eine Ausschreibung und sie schauen sich die Kandidaten an. Sie machen dann in der Hochschulwahlversammlung, eine gemeinsame Versammlung von Senat und Hochschulrat, einen oder mehrere Vorschläge und dann wird darüber abgestimmt, wenn die Kandidaten sich vorstellen. Das wird wahrscheinlich nächstes Jahr im April oder Mai sein und dann müssen wir gucken, wer eine Mehrheit hat. Bei der letzten Rektoratswahl sind wir bis zum dritten Wahlgang gegangen. Da hatten wir zwei Kandidaten und bei den ersten beiden Wahlgängen gab es keine klare Mehrheit, denn es gab jeweils eine Mehrheit im Senat, aber der Hochschulrat hat sich für einen anderen Kandidaten entschieden. Im dritten Wahlgang hat sich dann ein Kandidat durchgesetzt.

Das ist das Verfahren. Ansonsten muss man nun gucken, wer bewirbt sich? Wir hatten bisher immer Rektoren und Rektorinnen, die aus der Uni gekommen sind. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, dass es einen externen Kandidaten gibt. Das ist völlig offen, da die Stelle bundesweit ausgeschrieben wird.

:Stefan Moll

ONLINE-WORKSHOP

Home Sweet Home-Office

Damit das Wintersemester nicht so katastrophal verläuft wie das letzte Semester, bietet die Zentrale Studienberatung einen Online-Workshop zum Thema Lernstrategien im Home-Office an.

Liebe RUB – du fehlst. Sei es das Kulturcafé oder das Edwards, der Botanische Garten oder der Hügel vor dem Q-West ... Oh wie gern würden wir wieder um einen Sitzplatz kämpfen, egal ob im Audimax oder in der Bib. Ja, sogar deine Wackelplatten vermissen wir. Früher umgeben von deinen grauen Gemäuern, heute eingeschlossen in unseren eigenen vier Wänden. Seit April fällt uns die Decke auf den Kopf und der Lagerkoller ist zum Alltag geworden. So viel haben wir schon ausprobiert, aber Beerpong auf dem eigenen Küchentisch mit seinen Mitbewohner:innen zu spielen, ist einfach nicht dasselbe, wie die Erstiwoche. Mittlerweile fühlt sich das eigene Zimmer an, wie die U35 um kurz vor acht an einem Montag. Leben, Essen, Schlafen, Studieren, Freund:innen (über Zoom) treffen – alles auf den gleichen wenigen Quadratmetern.

Aber die RUB wäre ja nicht die RUB, würde sie uns nicht zahlreiche Angebote bieten, um aus dieser schwierigen Zeit zumindest ein wenig Produktivität herauszuholen. Nicht nur bietet die RUB schon seit Monaten zahlreiche kulturelle sowie akademische Angebote (online) an, auch will uns die Zentrale Studienberatung durch einen Online-Workshop in diesem Semester weiterhelfen. In dem Workshop wird es um Lernstrategien im (größtenteils) digitalen Semester gehen. Bei drei aufeinander aufbauenden Terminen soll die Freude am Lernen und der Lernerfolg der Studierenden angeregt und gesteigert werden. In dem Workshop werden Methoden des Zeitmanagements und der Selbstorganisation vorgestellt, individuelle Lernstrategien entwickelt und Ziele gesetzt – und auch erreicht.

Zwei Workshops sind geplant, einer davon ist bereits ausgebucht. Der freie Workshop findet am 13., 18. und 22. Januar 2021 jeweils um 10 – 11:30 Uhr statt. Falls Ihr an diesem Termin keine Zeit habt, könnt Ihr Euch auch auf die Warteliste für den bereits ausgebuchten Workshop setzen lassen. Die Termine dafür sind der 26., 2. und 4. Dezember 2020, jeweils von 10 – 11:30 Uhr. Zusätzlich zu dem Workshop wird es noch einen interaktiven Moodle-Kurs geben, in dem Ihr Euch mit Euren Mitstudierenden austauschen könnt. Anmelden könnt Ihr Euch hier: tinyurl.com/y4s5g4r4.

:Augustina Berger



Home-Office – für die einen Fluch, für die anderen Segen.

Symbolbild

WHISTLEBLOWING

Von Wahrheit, Verrat und Gesetzestexten

RUB-Studis haben eine Veranstaltung organisiert, die sich mit Rechten von und Gefahren für Whistleblower:innen in der EU beschäftigt.

Am 12. November fand eine Online-Podiumsdiskussion der Study Group „Law and Global Challenges“ der RUB unter dem Titel „Die Furcht vor dem „Leak“ – Whistleblowing als Herausforderung“ statt. Diese wurde von Studierenden der Ruhr-Universität organisiert, ausgerichtet und moderiert. Geladen waren Annegret Falter, Vorsitzende des Berliner Whistleblower-Netzwerks e.V., der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes, Prof. Dr. Frank Überall, und David Schraven vom gemeinnützigen Recherche-Netzwerk Correctiv, mit Sitz in Essen.

Im Zentrum stand das Problem, dass zwar Journalist:innen in der EU formal in ihrer Arbeit durch Rechte der Presse- und Meinungsfreiheit geschützt sind, dies aber nicht für Whistleblower:innen gilt, auf die investigativer Journalismus ja so häufig angewiesen ist und die bereits oft zur Enthüllung großer Skandale beigetragen haben. Als bekannteste Beispiele können die sogenannten Pentagon-Papiere über die aggressive Kriegspolitik der USA in Vietnam gelten, die der Regierungsmitarbeiter Daniel Ellsberg 1971 der New York Times und der Washington Post zuspielte; die Leaks von 2016 zu den als Panama und Paradise Papers bekannt gewordenen Skandalen um Steueroasen für Großkonzerne und Superreiche oder die Affären um Edward Snowden, Chelsea Manning

und Julian Assange. Während der CIA-Mitarbeiter Snowden, der dem Guardian und der Washington Post gesteckt hatte, dass der US-Geheimdienst NSA weltweit Onlineüberwachung und -spionage betreibt, rechtzeitig ins russische Exil ging, landete die Ex-Soldatin Manning, die US-amerikanische Kriegsverbrechen im Irak an die Öffentlichkeit gebracht hatte, für insgesamt mehr als sieben Jahre in Haft, wo sie zudem gefoltert wurde. Und auch der Wikileaks-Gründer Assange lebte aufgrund fingierter Anklagen fast ebenso lange im faktischen Hausarrest in der ecuadorianischen Botschaft in London, bis der mittlerweile schwer erkrankte Journalist 2019 an Großbritannien ausgeliefert wurde und seither im Gefängnis darauf wartet, ob er in die USA überstellt wird, wo ihn eine mögliche Haft von bis zu 175 Jahren erwartet.

Aufhänger der besagten Veranstaltung war die Frage zu einer neuen Richtlinie der EU, die :innen in Zukunft erstmals schützen soll: Für Laien dürfte die Tatsache, dass etwa das deutsche Arbeitsrecht der Unternehmer:innenseite einen Schutz vor Whistleblowing durch die eigenen Mitarbeiter:innen gewährt, gleichsam interessant wie erschreckend sein: Die sogenannten Arbeitnehmer:innen müssen Missstände und Verstöße zunächst intern nach oben melden, selbst wenn offensichtlich ist, dass die sogenannten Arbeitgeber:innen diese tolerieren oder sogar bewusst betreiben. Dieses in Recht gegossene Machtverhältnis läuft perfider Weise unter dem Etikett der „Loyalitätspflicht“ der Lohnabhängigen gegenüber der Chefetage. Die Richtlinie, die das EU-Parlament – „gegen den massiven Widerstand Deutschlands“, wie Annegret Falter betont – im Oktober verabschiedete, schützt Whistleblower:innen nun endlich, allerdings nur in einigen Fällen. So können jetzt Mitarbeiter:in etwa Geldwä-



Symbol für die Macht und Gefahren des Whistleblowings: Edward Snowden.

Bild: lewy

sche melden, ohne selbst belangt zu werden, Menschenhandel etwa dagegen nicht.

Einig waren sich die Referent:innen darin, dass die Richtlinie ein erster Schritt in die richtige Richtung sei, wenn gleich betont wurde, dass alles von der konkreten Umsetzung durch die EU-Mitgliedsstaaten abhängt. Speziell im Fall der BRD zeigte sich Frank Überall überzeugt, sei Druck von unten notwendig, um die Politik dazu zu zwingen, entsprechende Schutzgesetze zu erlassen, gerade im privatwirtschaftlichen Bereich. Alles andere als kontrovers – Meinungsverschiedenheiten hatten die Referent:innen nur im Detail –, gab die Veranstaltung spannende Einblicke in die investigativ-journalistische Arbeit und in die derzeitige Rechtslage. Sie kann weiterhin bei YouTube angeschaut werden: shorturl.at/eAPSV.

:Leon Wystrychowski

KVIAPOL

Zwischenbericht zur Polizeigewalt

Am 11. November wurde der zweite Zwischenbericht des Bochumer Forschungsprojekts „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol) veröffentlicht. Hier einige der Ergebnisse.

Wenn auch noch keine völlig klaren Ergebnisse erwartet werden können, so zeigen sich im mittlerweile zweiten Zwischenbericht des KviAPol-Forschungsprojekts doch bereits einige klare Tendenzen. So gaben vor allem People of Color (PoC) an, dass sie deutlich öfter im Rahmen von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen Kontakt mit der Polizei haben. Sie berichten außerdem, dass auf Beschwerden über die Maßnahmen und den Vorwurf rassistischer Motive besonders oft Gewaltanwendung durch die Beamt:innen folgte. PoC fühlen sich oft diskriminiert und berichten auch von stärkeren psychischen Folgen von polizeilicher Gewaltanwendung. Auch gaben sie öfter an, dass ihnen von einer Anzeige abgeraten wurde. Expert:innen aus Beratungsstellen für Opfer wiesen außerdem darauf hin, dass Anzeigen äußerst selten erfolgreich seien, praktisch immer eine Gegenanzeige zur Folge haben und auch eine schwerere psychische Belastung mit sich bringen. Außerdem gebe es viele Fälle, in denen die Polizei diese Anzeigen erst gar nicht annähme.

Interviews mit Polizeibeamt:innen ergaben, dass diese sich in ihrem Alltag auf ihr Erfahrungswissen bezögen, welches oft auch problematische Zuschreibungen zu bestimmten Personengruppen beinhaltet. Auch Personen, welche

sich an Orten aufhalten, die als Gefahrengebiete bezeichnet oder gesehen werden, werden oft negative Eigenschaften zugeschrieben. Dies geschähe aber nicht unbedingt bewusst. Aufgrund der großen Resonanz äußerte sich das Projekt nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts auf Twitter, um einige Dinge klarzustellen. So wiesen die Forschenden erneut darauf hin, dass das Forschungsprojekt nicht repräsentativ sei, was aufgrund des Untersuchungsobjekts aber auch kaum möglich ist – repräsentativ ist eine Studie beispielsweise nur, wenn die Befragten zufällig ausgewählt werden, was bei einem derart ungleich verteilten Thema wie Polizeigewalt eine sechsstellige Zahl an Befragten benötigen würde. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass die Berichte der Befragten subjektiv sei, deren Auswertung jedoch nicht.

:Jan-Krischan Spohr



Symbolbild.

Bild: Archiv :bsz

Each one teach one

Nachhilfe. Der Verein „Studenten bilden Schüler e.V.“ sucht Studis, die in Bochum helfen wollen, kostenlose Nachhilfe für Schüler:innen aus einkommensschwachen Familien zu ermöglichen. Die gemeinnützige, überkonfessionelle und parteiunabhängige Organisation, die seit 2012 besteht und mittlerweile in 20 Städten deutschlandweit tätig ist, hat seit diesem Jahr auch einen Sitz in Bochum. „Die Chance auf Glück, Gesundheit und Erfolg“, heißt es auf der Website, „ist in unserer Gesellschaft immer noch zu stark von der Herkunft abhängig.“ Dem wollen die ehrenamtlich engagierten Studierenden praktisch begegnen: „Unser Vereinsziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen den gleichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Deshalb geben bei uns Studierende kostenlose Nachhilfe für finanziell benachteiligte Schülerinnen und Schüler.“ Zu Beginn des Wintersemesters hat sich der Verein an die Fachschaftsräte der RUB gewandt, um weitere Studis für die Nachhilfe während der Corona-Zeit zu gewinnen. Den Student:innen, die sich engagieren wollen, bietet die Arbeit nicht nur die Möglichkeit, sich sinnvoll einzusetzen, sondern auch die Chance, die eigenen pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten auszubauen. Dabei setzt der Verein nicht primär auf professionell ausgebildete Pädagog:innen oder Lehramtsstudierende, sondern auf Engagement und Überzeugung. Neben Nachhilfelehrer:innen sucht die Bochumer Filiale außerdem auch „Organisationstalente“, die bei der Standortleitung helfen.

:lewy

LEERSTAND

Uni-Center steht vor dem Verfall

Das Uni-Center ist die zentrale Versorgungsstelle für viele der 21.000 Bewohner:innen von Querenburg. Nun schließen viele der dortigen Geschäfte.

Wer derzeit durch das Uni-Center schlendert, die Einkaufsstraße gegenüberliegend der Ruhr-Uni, wird zunächst mit hoffnungsvollen Versprechen begrüßt. Denn die Ladenfronten sind zugepflastert mit bunten, aussagekräftigen Plakatwänden, auf denen sich in heller, dicker Schrift hippe, junge Menschen tummeln. „Hier entsteht eine schöne neue Shopping-Welt“, „Let's go shopping!“ oder „Einfach lecker“, gedruckt auf Bildern von saftigen Erdbeeren. Doch ob daraus in der nächsten Zeit etwas wird, ist zweifelhaft. Denn einige der verheißungsvollen Plakatwände zierte die Einkaufsstraße bereits, bevor die aktuelle Pandemie zuschlug – zuletzt verließ noch im Februar die Postfiliale den Standort – andere sind frisch dazu gekommen und weitere werden es. Beispielsweise hat die Traditionsbar Summa Cum Laude ihre Pforten geschlossen, auch der Uni-Grill am Ende des Einkaufszentrums hat dicht gemacht. Ebenso das Querenburger Brillenstudio, das Reisebüro, das Kleidungsgeschäft Jeans-Fritz und die Unibuchhaltung Schaten werden in den nächsten Wochen ihren Auszug vornehmen.

Die Ursache für die Schließungen ist unterschiedlich. Wenige Studierende trieb es hier in den vergangenen Monaten hin. Die beiden größtenteils präsensfreien Semester haben für die Läden einen reduzierten Kundenstrom zur Folge. Geschäfte wie das Reisebüro sind von der Pandemie und der Reduzierung der Nachfrage nach Reisen zusätzlich getroffen.

Für einige liegt der Grund jedoch nicht nur in dem fehlenden Kundenverkehr, der durch die Pandemie verursacht wurde. Auch Unstimmigkeiten mit dem Betreiber des Uni-Centers, laut der Berliner Firma Grand City Projekt (GCP), gebe es. 2016 übernahm die Firma das Uni-Center, das eine Kombination aus Ladengeschäften und Wohneinheiten ist. Der Betreiber will bereits seit Jahren eine langfristige Erneuerung sowohl der Wohn- als auch der Gewerbeeinheiten anstoßen, doch davon ist bis jetzt wenig zu sehen. Über die Jahre häuften sich die Leerstände und auch der Mieterverein berichtete, dass sich nach Übernahme von GCP die Klagen der Mieter:innen erhöhten. Den Ladengeschäften kam die Firma während der Pandemie ebenfalls nicht entgegen, um sie zu entlasten. Im Gegenteil: Wie die WAZ berichtet, stand Dorota Gietzel, Inhaberin des Reisebüros, vor unvorhergesehenen Nebenkostenrückzahlungen in Höhe von 4.000 Euro, deren Belege sie auch nach



Das ehemalige Summa Cum Laude: Potemkinsche Ladenfronten wie diese zieren das gesamte Uni-Center. Bild: stern

anwaltlichen Schreiben nicht gesehen habe.

Läden des alltäglichen Gebrauchs sind bisher noch weniger hart von der Pandemie betroffen. So teilt es beispielsweise Maurice Weis, Betreiber des Asia Shops mit. Zwar kommt der Asia Shop derzeit vergleichsweise gut über die Runden, doch sicher ist auch hier nichts. „Wir müssen mal sehen wie das wird, wenn die Umsatzsteuer wieder angehoben wird,“ teilt Weis mit.

Und auch die Unibuchhandlung Schaten hat es getroffen. Am 18. Dezember soll der Buchladen, den der Betreiber Joachim Schaten seit 1982 betreibt und zuvor von seinem Vater übernahm, schließen. Zuletzt hatte Schaten versucht, durch Kooperationen mit der Universitätsbibliothek den Umsatzverlust auszugleichen (:bsz 1259).

:Stefan Moll

ANTISEMITISMUS

Das Erinnern nicht vergessen

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen in Brand gesteckt. Wie geht man im Jahre 2020 mit den Verbrechen der Pogromnacht um?

Der 9. November ist in Deutschland ein signifikanter Tag, aufgrund von mehreren Ereignissen, zwei davon sind besonders bedeutsam. Die freudige Nachricht des Mauerfalls am 9. November 1989 bedeutete nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, (auch wenn die offizielle Wiedervereinigung noch fast ein Jahr auf sich warten ließ,) gleichzeitig war dieses Ereignis ein großer Schritt in Richtung Zusammengehörigkeit. Jedoch ist der 9. November zusätzlich der Jahrestag für ein anderes Ereignis, das die schlimmsten Seiten der deutschen Geschichte hervorbringt. Denn an diesem Tag im Jahre 1938 erfolgte die Pogromnacht, die das Leben jüdischer Menschen für immer beeinflusste.

Der Vorwand zur Pogromnacht ist das Attentat auf den Diplomaten Ernst Eduard vom Rath. Am 7. November 1938 wird der NSDAP angehörende Legationssekretär vom siebzehnjährigen Juden Herschel Grynszpan in der Deutschen Botschaft in Paris angeschossen. Einige Tage später, am 9. November, erliegt er seinen Wunden. Dieses Attentat nutzen die Nationalsozialisten als Vorwand, um ihre antisemitische Verschwörungstheorie vom Weltjudentum zu verbreiten und später das Pogrom auf die jüdische Bevöl-

kerung zu verüben. Auch wenn die Nacht vom 9. auf den 10. November für dieses Pogrom bekannt ist, beginnen die Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden bereits am Nachmittag des 7. Novembers.

Innerhalb dieses Zeitraums werden Synagogen in Brand gesteckt und jüdische Geschäfte geplündert und zertrümmert. Insgesamt werden zwischen 400 und 1.300 Menschen getötet oder in den Suizid getrieben. Auch, wenn die SA und die SS dieses Verbrechen anführt, beteiligt sich ein Teil der Bevölkerung an der Gewalt. Die Konzentrationslager der Nationalsozialisten sind schon vorbereitet auf das, was sich bis 1945 ereignen wird – den Holocaust.

82 Jahre ist dieses schreckliche Ereignis nun her. Normalerweise gibt es zum Jahrestag dieser Gewalttat zahlreiche Gedenkveranstaltung – doch dieses Jahr mussten viele dieser Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden, wie beispielsweise in Dortmund oder Essen.

Eine Veranstaltung, die jedoch stattfinden durfte war eine Demonstration der Partei „Die Rechte“ in Bielefeld. Diese hatten am Jahrestag der Pogromnacht zu einem Marsch zu Ehren der inhaftierten und mehrfach verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck aufgerufen. Natürlich gab es eine große Gegendemonstration mit 14.000 Teilnehmer:innen, die mit Bannern wie „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ durch Bielefeld zogen. Auch die Antifa Bielefeld veranstaltete an dem Tag eine Demonstration unter dem Motto „Gedenken heißt Kämpfen“, die mit 750 Teilnehmer:innen unter corona-gerechten Auflagen stattfinden konnte.



Gedenken! Stolpersteine an der Querenburger Straße 24.

Bild: gust

Man muss natürlich an keinen großen Demonstrationen teilnehmen, um seine Solidarität gegenüber jüdischen Mitbürger:innen zu zeigen. Viele Einzelpersonen pilgern, wie jeden 9. November, zu Stolpersteinen in ihrer Nähe, um diese zu säubern und Blumen niederzulegen. Leider war das in diesem Jahr notwendig, da einige Stolpersteine der Stadt Bochum mit Farbe übergossen wurden. Des Weiteren wurde eine Installation zu Ehren jüdischer Sportler:innen in der Bochumer Innenstadt zerstört (:bsz 1264).

Antisemitismus ist auch im Jahr 2020 ein immer noch präsent Thema. Selbst wenn Ereignisse wie die Corona-Pandemie und die Wahl des US-Präsidenten unsere Aufmerksamkeit in den letzten Monaten eingenommen haben, so sollte man den Kampf gegen den Antisemitismus nie aufgeben und die schrecklichen Ereignisse des 9. November 1938 nie vergessen.

:Augustina Berger

FERNSEHEN

Böhmermann ist zurück

Fast ein ganzes Jahr nach dem Abschied des „Neo Magazin Royale“ startete der Satiriker nun seine neue Late-Night-Show.

Die Namensgebung und das optische Design der neuen Show „ZDF Magazin Royale“ legen den Zuschauenden auf den ersten Blick nah, dass sich im Vergleich zu ihrem erfolgreichen Vorgänger nicht viel geändert hat. Die auffallendste Änderung ist zunächst der neue Sendepplatz, der vom Spartensender ZDF Neo ins Hauptprogramm des ZDF befördert wurde. Dort ist die Show jetzt immer freitags um 23 Uhr direkt nach der thematisch ähnlich ausgerichteten heute-show zu sehen und wurde von ehemals 45 auf 30 Minuten gekürzt. Doch was hat der Skandal-Veteran Jan Böhmermann thematisch noch zu bieten?

Am 6. November wurde die erste Ausgabe gezeigt und konnte eine starke Einschaltquote einfahren. Dabei arbeitete die Sendung vor allem – wie könnte es auch anders sein – die vergangenen Monate der Pandemie auf. Verschwörungstheorien und Telegram waren das primäre Ziel, doch bevor man zur Fernbedienung greifen konnte, weil einem die Wender und Xavier Naidoo-Witze ohnehin schon aus den Ohren raushängen, nimmt Böhmermanns Monolog eine angenehme Wendung. Nach der obligatorischen Bloßstellung von Querdenker:innen kam nicht wieder einmal der erwartete Apell, vernünftig und still zu blei-

ben, um nicht als Verschwörungs-Trottel dazustehen. Stattdessen machte der Moderator darauf aufmerksam, dass genaueres Hinschauen und Hinterfragen der Obrigkeit durchaus eine Tugend ist, wenn man an den richtigen Stellen ansetzt. Durch Corona fand eine starke Polarisierung in der Gesellschaft statt, die dafür sorgte, dass es so aussah, als gäbe es nur zwei Möglichkeiten sich zu verhalten: entweder man hört brav und ohne jeden Zweifel auf die Regierungsanweisungen oder man macht das volle Verschwörungsprogramm mit und zweifelt sich die Seele aus dem Leib. Bill Gates ist entweder ein blutsaugender Bösewicht, der die Weltherrschaft an sich reißen will oder ein selbstloser Wohltäter. Doch zuallererst ist er eins: furchtbar reich.

Der wachsende Reichtum der Wenigen, der auch während der Pandemie keinen Halt machte, ist zwar allgemein bekannt, aber nicht genug als Problem erkannt. Dass Amazon-Gründer Jeff Bezos im August zum ersten Menschen in der Geschichte wurde, dessen Vermögen mehr als 200 Milliarden Dollar betrug, während seine Mitarbeiter weiterhin unter oft furchtbaren Bedingungen schlecht bezahlt arbeiten mussten, sorgt nicht für genug Empörung, weil der Respekt vor dem Reichtum immer noch sehr groß ist. Schließlich bedeutet Geld auch immer Macht, die jedoch nicht immer so bekannt ist, wie die von Bezos und Gates. Böhmermann nennt viele Beispiele von deutschen Milliardären, die ihre finanzielle Macht nut-



Witzig oder informativ? Die Show versucht sich an dem schwierigen Spagat. Bild: haki

zen, um eigene politische Interessen durchzusetzen. Das klingt nach absolutem Potenzial für Verschwörungstheorien mit dem kleinen, aber feinen Unterschied: sie sind wahr und noch dazu bei genauerer Recherche, die für diese Sendung einwandfrei war, öffentlich einsehbar. Es herrscht auch schon ohne Kinderblut trinkende Politiker:innen genug Ungerechtigkeit in der Welt.

Böhmermann frequentiert diese Informationen mit mal mehr mal weniger sitzenden Punch Lines, um das Publikum bei der Stange zu halten. Dieses Infotainment mag nicht so investigativ und seriös sein wie manch andere Medien, aber es genießt eine breite Zuschauer:innenschaft, die nur durch eine derartige Auseinandersetzung aufrecht erhalten und für diese Themen interessiert werden kann. Denn wenn Böhmermann eines kann, dann ist es Aufmerksamkeit zu erregen.

:Henry Klur

DIGITALE FESTIVALS

Derzeitiger Festival-Zeitgeist? Alles Digital!

Langeweile daheim? Wir haben da was für Euch! Ein kleiner Online-Festivalguide für die Zeit vorm Bildschirm. Aber mit viel Kunst und Kultur: Zeitzeug, blicke28 und WORTWORTWORT im Stream.

Im November gibt es viel zu sehen und erleben? Das klingt erstmal nicht so naheliegend, den Umständen entsprechend wird es aber möglich gemacht. Das Jahr 2020 war und ist geprägt von Absagen, Verschiebungen und digitalen Alternativen. In diesem Monat ist es ganz genauso. Einige Festivals wurden auf das Ende des Jahres verschoben, in der Hoffnung, dass sie noch im schrecklichen 2020 stattfinden können. Vielleicht sogar ganz normal? Nach aller Hoffnung kam es jedoch zu einer zweiten Welle der Covid-19-Ansteckungen und mit diesen leider auch ein zweiter Shutdown: der sogenannte Lockdown Light. Doch einige Veranstalter:innen wollten sich nicht schon wieder einen Strich durch die Rechnung machen lassen und wenn uns dieses Jahr eines gelehrt hat, dann wie digital geht!

Das Zeitzeug_Festival sollte eigentlich bereits im April stattfinden, wurde dann aber aufgrund der ersten Ausgangsbeschränkungen durch die Corona-Pandemie auf den November verschoben. Nun ist es in seiner ursprünglichen Form leider abermals nicht durchführbar, dennoch

wird es vom 26. bis zum 29. November stattfinden, online. Das diesjährige Motto des Festivals lautet „Apparat“ und als könnte es passender nicht sein, werdet Ihr den einen oder anderen Apparat benutzen müssen, um am Festival teilzunehmen, sei es Euer Smartphone, den Laptop oder das Tablet. Doch nicht nur digital könnt Ihr was erleben. Auch im Schaufenster des Festivalzentrums in der Bongardstr. 2 werden Installationen zu sehen sein, die in Zusammenarbeit mit dem Bochumer Architekt:innenkollektiv Kolorit entstanden sind, weitere Arbeiten werden ebenso aus dem Kulturhaus Thealozzi e.V. gestreamt oder finden über Telegram statt. Karten könnt Ihr vom 18. November an hier bekommen: tinyurl.com/Zeitzeug2020.

Ein weiteres Festival ist das blicke28 – Filmfestival des Ruhrgebiets, welches am 18. November beginnt, um 18:30 Uhr um ganz genau zu sein. Denn dann eröffnet Festivalleiterin Gabi Hinderberger das Filmfestival im virtuellen Raum. Anschließend werden nach und nach die sieben Wettbewerbsprogramme für das Streaming freigeschaltet, zu den gleichen Daten, zu denen sie im Kino gelaufen wären. Schön ist, dass die Filme dafür jetzt, nachdem sie im Stream des Festivals gezeigt wurden, ganze zehn Tage lang verfügbar sind und somit sogar die Chance bekommen, von einem größeren Publikum gesehen zu werden. Wenn dafür auch vermutlich auf kleineren Leinwänden. Aber nicht nur, dass die Filme länger zur Verfügung stehen und somit auch Rewatches ermöglichen, das blicke28 ist zudem völlig kostenlos und erfordert nur eine Registrierung. Die Veranstalter:innen würden sich dabei jedoch über kleine und große Spenden freuen. Registrieren könnt Ihr Euch hier: blicke.org/registrierung.



Mehr zu sehen als auf diesem Bild? Gibt es bei diversen Digitalen Festivals, die Ihr im November noch online erleben könnt. Bild: fufu

Ebenso ist derzeit WORTWORTWORT im Gange, ein deutschlandweit einmaliges Literaturfestival für das digitale Zeitalter und die Zukunft der Wortkunst. Noch bis zum 20. November könnt Ihr dabei sein, wenn das WORTWORTWORT die Digitalisierung für die Wortkunst und für die Kunst des Erzählens kreativ und innovativ nutzt. So zum Beispiel am 19. November mit Schriften von dem 2016 verstorbenen Bochumer Original Wolfgang Welt, eingesprochen von Bochumer:innen und in einer digitalen Produktion von Gotthard Lange zu einem Film gemacht. Oder mit „Odysseus – Die Irrfahrten eines listenreichen Schlingels“, am 20. November und mit künstlerischer Beteiligung von unter anderem Bernd Giesekeing, Frank Goosen, Jochen Malsmheimer, Nessi Tausendschön und Urban Priol. Beides findet Ihr am Tag der Aufführung ganz kostenfrei auf YouTube.

:Christian Feras Kaddoura

KOMMENTAR

Game of Impfstoff

Der Impfstoff von den Firmen Pfizer und Biontech steht kurz vor der Zulassung in Europa. Schon jetzt sichert die EU mit einem Vertrag eine bestimmte Anzahl an Impfdosen. Die WHO warnt vor „Impfstoff Nationalismus.“



Bald wird es soweit sein und wir werden einen von Behörden zugelassenen Impfstoff haben, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu 90 Prozent wirksam sein wird. Doch nur durch die

Entdeckung eines Impfstoffs wird die Pandemie nicht von heute auf morgen aufhören. Es wird wahrscheinlich ein langer Prozess werden, bis genug Menschen geimpft sind, um die geltenden Beschränkungen zu lockern, wenn sich die Leute überhaupt impfen lassen. Aber nicht nur Menschen werden ein Problem sein, welches diesem Impfstoff vorausgehen wird, sondern auch die Verfügbarkeit dessen. Zumindest eins dieser Probleme ist lösbar, wenn man genug Mittel hat, um Verhandlungen über Impfdosen zu führen. Weniger oft fragt man sich aber bei dem Thema, wie wir überhaupt an den Punkt kamen, dass wir Verhandlungen über einen Impfstoff führen können.

Die Entwicklung des Impfstoffs von Pfizer und Biontech wurde nur durch Tests in Ländern möglich, bei denen das Infektionsgeschehen verhältnismäßig hoch war. Dadurch konnte der Impfstoff in den finalen Phasen der klinischen Tests auf seine Wirk-

samkeit getestet werden. Dass die meisten dieser Länder, die ein hohes Infektionsgeschehen aufweisen, zufälligerweise auch Länder sind, die eine relativ großen Anteil an Armut innerhalb ihrer Bevölkerung aufweisen, machte es für diese Konzerne wahrscheinlich noch einfacher ihre Tests durchzuführen. So haben die Unternehmen ihre brasilianischen Proband:innen zum Beispiel nicht vergütet. Die einzige „Belohnung“ für die Teilnehmer:innen dieser Studien war die Hoffnung auf einen Impfschutz.

Die Wirksamkeit dieses Impfstoffs eines solchen wurde auf den Rücken der Länder gebaut, die durch politisches Versagen den Schutz ihrer Bevölkerung nicht garantieren konnten und sich nun nicht leisten können, Verhandlungen mit den Unternehmen Pfizer und Biontech zu führen.

Das Problem ist die mangelnde Transparenz dieser Verhandlungen. Es gibt derzeit keine Garantie, dass Europa oder die USA einen Vorteil gegenüber der restlichen Welt haben, weil die Firmen, die diesen Impfstoff entwickelt haben, ihren Sitz dort haben. So gibt es auch Verhandlungen mit Israel und Brasilien, aber auch hier ohne wirklichen Einblick über die Kosten der Impfdosen und genauen Details der Verhandlungen. Der „Impfstoff Nationalismus“, vor dem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt, hat bereits begonnen und das Wettrennen, welches Land zuerst seine Finger an diesen Impfstoff bekommt, geht in die erste Runde. Dass eine Pandemie nicht beendet wird, indem ein einzelnes Land sich impfen lässt, scheint dabei nicht so wichtig. Das eigene Land muss sicher sein.



Nur noch eins hat die Menschheit im Kopf: Impfung.

Bild: kiki

Es bleibt nur zu hoffen, dass sich eine bessere Regelung finden lässt, um die Verteilung des Impfstoffs von Pfizer und Biontech weltweit zu garantieren, so dass man diese Pandemie auch unter Kontrolle bekommt. Hier müssen alle Länder der Welt an einem Strang ziehen, denn einem Virus ist herzlich egal, wo sich eine Landesgrenze befindet oder nicht. Die Impfdosensicherung wirkt auf den ersten Blick wahrscheinlich sinnvoll, aber auch nur, wenn alle Länder dieser Welt in der Lage sind, einen verhältnismäßigen Anteil dieses Impfstoffs zu bekommen. Es wäre für alle wünschenswert, dass die Weltgemeinschaft das hinkriegt – auch mit Kapitalismus.

:Gerit Höller

KOMMENTAR

Nach rechts bu-ckeln, nach links treten

Ein neues Kapitel in der langen Geschichte des polizeilichen Versagens bei Demonstrationen der „Querdenken“-Initiative und ein Ende steht nicht in Aussicht.



Der Umgang mit der „Querdenken“-Demo am 7. November in Leipzig war eine Katastrophe neuen Ausmaßes. Daran, dass

die Hygienevorschriften von Seiten der Polizei auf dieser und ähnlichen Demonstrationen nicht entsprechend durchgesetzt werden, hat man sich mittlerweile leider ja fast gewöhnt. Nur in absoluten Ausnahmen wird überhaupt durchgegriffen. Doch die völlige Überforderung und schlussendliche Kapitulation, welche die Polizei in Leipzig zur Schau stellte, gab es so bisher nicht. Mehr als zwei Stunden dauerte es, bis die Auflösung der Demonstration aufgrund des Nicht-Einhaltens der Auflagen verkündet wurde. Eben die fast unerschöpfliche Auswahl an Arten der Gewaltanwendung, mit denen die Polizei gern bei Linken Demos vorgeht – SEK, Hunde, Reiterstaffel,

Pfefferspray, Wasserwerfer oder mal ein paar gezielte Tritte, das alles in jedweder vorstellbaren Kombination – fehlte dieses Mal völlig. Stattdessen zogen sie sich die Beamten zurück, schützten Journalist:innen nicht vor körperlichen Angriffen von Seiten der „Querdenker“ und ließen die eigentlich aufgelöste Demonstration ungestört weiter durch Leipzig laufen. Auf einer Sitzung des Stadtrates wurde klar, dass die Informationen, welche der Stadt von Seiten von Polizei und Verfassungsschutz gegeben wurden, die schlussendliche Realität nicht widerspiegelte. Die Zusammenarbeit mit der Polizei, beziehungsweise Polizeipräsident Torsten Schultze, ließ wohl zu wünschen übrig: Eine Nachfrage seitens des Stadtrates bezüglich eventuell nicht ausreichender Zahl an Einsatzkräften wurde nicht mal mit einer Antwort gewürdigt. Innenminister Roland Wöllner sprach auf einer Pressekonferenz am 8. November sogar von einer friedlichen Demonstration, eine entweder bewusste Lüge oder gefährlich ignorante Einschätzung. Die Räumpanzer und Wasserwerfer, welche man auf der Demo vermisste, tauchten später am Abend – wie aus dem Nichts – dann bei einem Einsatz wegen brennender Mülltonnen in Connexx auf. Die Prioritäten sind klar und es zeigt sich immer wieder, auf welcher Seite die Polizei und Polizeiführung zu stehen scheint.

:Jan-Krischan Spohr

KOMMENTAR

Gegen das Vergessen

Es ist wichtig, an Ereignisse zu erinnern. Insbesondere für Menschen mit internationaler Geschichte sind diese Erinnerungen ein wichtiger Bestandteil in der Trauerbewältigung.



In einer Zeit, die durch Hypes geprägt ist, sollten wir wieder zum langfristigen Erinnern zurückkehren. Für die jüngeren Generationen scheint der Zweite Weltkrieg nicht greifbar zu sein. Jedoch leben immer noch Menschen, die damit direkt in Kontakt gekommen sind. Sie erzählen ihre Geschichten und das ist wichtig. In einem Zeitalter, in dem alles infrage gestellt wird und die Glaubhaftigkeit geschichtlicher Ereignisse quergedacht wird, zeigt es sich, dass wir gegen das Vergessen ankämpfen müssen. Und das bezieht sich nicht nur auf politische Großereignisse. Am 19. Februar wurden in Hanau zehn Menschen ermordet, am 9. Oktober vergangenen Jahres gab es einen Anschlag auf eine Synagoge, zwischen 2000 und 2007 ermordete der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) zehn Menschen, acht davon waren der türkischen

Community zugehörig. Für viele ist es oftmals nur ein Tag, doch für Menschen aus marginalisierten Gruppen, die von der Polizei, der Politik und dem Gesetz nicht ernstgenommen werden, gar entmenslicht wurden, sind genau diese Erinnerungen ein Anker.

Sie zeigen, dass Ihre Geschichten wahr sind und dass diese nicht aus den Büchern radiert werden. Dies ist vor allem wichtig, wenn man sich anschaut, dass sechs Monate nach Hanau eine Gedenkveranstaltung mit Hygienekonzept nicht erlaubt war, aber Querdenker:innen seit eh und je ohne Maske durch die Straßen mit Menschen vom rechten Ufer ziehen können.

Das Erinnern, die Namen, die Geschichte: All das ist wichtig, um zu verstehen. Unser Zeitgeist will immer neu, immer mehr, immer schneller! Doch das führt auch dazu, dass unser Blick nicht genauer wird und wir vergessen. So werden und können Missstände übersehen werden. Die Black Lives Matter-Bewegung gibt es zum Beispiel seit 2015 und trotzdem schaute die Welt auf George Floyd, als wäre es das erste Mal, dass ein Schwarzer Mann durch die Polizei brutal ermordet wurde.

Das Vergessen spielt jenen in die Karten, die schon immer meinten, es war doch gar nicht so.

:Abena Appiah

KOPFSACHE

Wie geht es Dir?

Während dieser Pandemie reden wir oft über Ansteckungsrisiken und erhöhte Fallzahlen. Weniger berichten wir über die psychischen Erkrankungen, die die Konsequenzen täglicher Hiobsbotschaften sein können.

Die Menschheit befindet sich in einer Krise. Es ist nicht die erste Krise und wird wahrscheinlich auch nicht die letzte sein, doch Krise bleibt Krise. Der Alltag mit Maske ist fast schon Normalität geworden und einen großen Bogen zu machen, um den entgegenkommenden Menschen auszuweichen, ist Sitte. Was aber macht eine Pandemie mit unserer Psyche? Kann eine Pandemie etwa zu einer psychischen Erkrankung führen?

Laut der Bundespsychotherapeutenkammer lautet die Antwort: Ja. Wie bei jeder anderen Erkrankung, gibt es auch hier Risikogruppen. Eine Pandemie verstärkt mit hoher Wahrscheinlichkeit psychische Erkrankungen oder löst neue aus; so zum Beispiel Depressionen,

Angststörungen, akute und posttraumatische Belastungsstörungen, aber auch Alkohol- bzw. Medikamentenmissbrauch, Zwangsstörungen oder Psychosen. Nicht nur psychologisch Vorerkrankte sind von Risikofaktoren betroffen. Menschen, die einer unmittelbaren Gefahr ausgesetzt sind oder generell stärkeren Belastungen ausgesetzt sind, aufgrund ihres Berufs oder anderer Faktoren, sind gefährdet – damit sind vor allem alte Menschen, Menschen mit geschwächtem Immunsystem oder Menschen, die in der Pflege arbeiten, Ärzt:innen oder Menschen mit Familienmitgliedern, die Risikopatient:innen sind, gemeint. So wirklich verschont scheint niemand zu sein. Die permanente unsichtbare Bedrohung, die eine Pandemie darstellt, ist eine konstante psychische Belastung für alle. Der Gedanke möglicherweise Familienmitglieder anzustecken oder sogar verantwortlich dafür zu sein, dass man eine Person angesteckt hat, die an den Folgen einer Infektion gestorben ist, können zu Schuldgefühlen, Selbstzweifeln oder posttraumatischen Stress in Form von Schlaflosigkeit, hoher Anspannung, Schreckhaftigkeit, Niedergeschlagenheit und Rückzug führen.

Die Forschung, die die verschiedenen Auswirkungen dieser Pandemie auf unsere psychische Gesundheit untersucht, ist noch sehr jung und bezieht sich meistens auf Studienergebnisse aus vergangenen Epidemien. Fest steht aber, dass die durch Covid-19 verursachte Pandemie zu mehr häuslicher Gewalt geführt hat und Frauen psychisch stärker gefährdet sind als Männer. Frauen haben ein mehr als doppelt so hohes Risiko,

an einer affektiven oder Angststörung zu erkranken als Männer und sind häufiger Opfer häuslicher Gewalt. Dazu

sind Frauen überwiegend mehr von Schließungen von Kitas, Schulen oder Pflegeeinrichtungen betroffen, da sie doppelt so viel Zeit mit der Betreuung oder Pflege von Angehörigen beschäftigt sind, als Männer und öfters in solchen Einrichtungen arbeiten. Somit haben geschlechterspezifische Rollenbilder und Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern direkte Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Frauen.

Wir alle stecken in einer schwierigen Zeit fest. Daher ist es umso wichtiger, dass wir aufeinander zugehen und Wege finden, miteinander über unsere Probleme zu kommunizieren. Wie diese Wege der Kommunikation aussehen können, muss im Verhältnis zu der akuten Infektionslage stehen. Fest steht, dass wir einander brauchen, jetzt mehr denn je.

:Gerit Höller

KOMMENTAR

Ommmmmmmmmm

Jetzt ist Zusammenhalt gefragt. Wir alle stehen vor einer Herausforderung, die nicht zu vergleichen ist mit anderen. Was können wir für uns und unsere Mitmenschen tun?



Du fühlst Dich müde, gestresst und hast auch keinen wirklichen Bock mehr, die ganze Zeit in den gleichen vier Wänden rumzuhängen und darauf zu warten, dass das Leben endlich wieder weitergeht? Mir geht es genauso, Deinen Freunden geht es genauso, wahrscheinlich geht es allen im Moment genauso. Wie heißt es immer so schön? Geteiltes Leid ist halbes Leid. Wenn das nur die Hälfte sein soll, will ich gar nicht wissen, was das volle Leid ist. Das Risiko, sich mit einer vielleicht tödlichen Krankheit anzustecken, ist das eine, aber die damit verbundene psychische Belastung etwas ganz anderes. Wir müssen uns glaube ich alle im Moment öfters Fragen, wie es uns geht. Einmal am Tag in sich hineinhorchen und reflektieren: was ist mein persönlicher Stressfaktor heute? Kann ich meinen inneren Druck minimieren? Es gibt viele Wege, Entspannung zu finden, umso wichtiger ist es den eigenen zu finden und den eigenen Bedürfnissen so gut es geht nachzukommen. Was macht uns glücklich, was bereitet uns Freude?

Einen Weg zu finden, der uns eine Auszeit gibt, ist entscheidend und wichtig. Immer öfter vergessen wir auf uns zu achten und gegenseitig zu helfen. Du hast vielleicht Menschen in Deinem Umfeld, die im Moment besonders leiden oder Du leidest selbst schwer unter der momentanen psychischen Belastung, dann biete Deine Hilfe an oder bitte um Hilfe. Zu wissen, dass man anderen helfen kann oder nach Hilfe fragen kann, ist eine unglaubliche Stärke, die nur mit wenig

zu vergleichen ist. Mir hat mal jemand gesagt, dass man sich oft wie in einem Sumpf fühlt, aus dem man nicht rauszukommen scheint. Dabei sind überall Halterungen, an denen man sich selbst rausziehen könnte, nur müssen die einem erstmal gezeigt werden. Was ich damit sagen will, ist, dass man oft die Kraft hat sich aus einer Leidenssituation selbst rauszuholen, wenn man die eigenen Probleme mit anderen teilt. Ich bin mir sicher, dass wir alle die kommende Situation meistern werden, nur sollten wir unsere Bedürfnisse dabei nicht vergessen. Bleib stark und kommuniziere mit anderen, lass Dir Helfen oder biete Deine Hilfe an. Was immer noch auf uns zukommen mag, gemeinsam wird das Leid vielleicht doch weniger.

:Gerit Höller



IMPRESSUM

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Christian Feras Kaddoura (fufu), Augustina Berger (gust), Kendra Smielowski (ken), Jan-Krischan Spohr (kjan), Gerit Höller (kiki), Leon Wysztrychowski (lewy), Stefan Moll (stem),

V.i.S.d.P.: Gerrit Höller

Anschrift:

bsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 Anreißer:CC0 S.1 rund: bena; S.7 rund (alle): kiki

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser*innen.



Header und Bilder :bena



und die Schule

Präsenz- oder Distanzunterricht? Dass Corona auch im Klassenraum angekommen ist, ist schon längst bekannt. Doch wurde die schulfreie Zeit richtig genutzt, um Alternativen zu schaffen? Im Gespräch mit Lehrerin Assiba Akoho wollen wir herausfinden, wie es wirklich im Schulalltag aussieht.

:bsz: *Wie empfinden Sie als Lehrerin die Situation mit Corona an den Schulen?*

Assiba Akoho: Wie in vielen Gesellschaftsbereichen natürlich anstrengend. Vieles läuft suboptimal und die Mühlen in der Schule mahlen sehr langsam. Es kostet Zeit, bis Konzepte wie für die Digitalisierung oder Hygienemaßnahmen, die von der Landesregierung, also vom Schulministerium, erarbeitet werden, bei uns ankommen. Vor allem die Zeit in den Sommerferien empfinde ich nicht als zufriedenstellend genutzt. Primär im Bereich

neuer didaktischer Konzepte für den Distanz-Unterricht, aber auch bei grundlegenden Fragen hatte ich noch mit Beginn des neuen Schuljahres das Gefühl, dass sie noch nicht gründlich diskutiert wurden: „Soll Unterricht wieder im vollem Umfang stattfinden? Wie sollen wir mit einer zweiten Welle umgehen?“ Bis jetzt ist es genauso wie im März. Im Prinzip ist es so, als wäre die Zeit vergangen, ohne dass etwas geschehen ist. Natürlich weiß ich, dass viel gemacht und gedacht sowie Konzepte erstellt wurden, aber die Umsetzung, die ist aus meiner Sicht viel zu langsam.

Hat sich das Arbeitspensum durch die Pandemie geändert?

Das Arbeitspensum ist schon gestiegen. Dazu muss ich sagen, dass es sich nicht nur auf unsere Vorbereitung und Nachbereitung bezieht, sondern was dann noch coronabedingt dazukommt. Denn es sind Formalia dazugekommen, die natürlich absolut notwendig sind. Wir müssen Sitzpläne immer aktuell halten, die Abstände zwischen den Schüler:innen im Klassenraum messen, wenn ein:e Schüler:in nicht da ist, die Sitzplätze getauscht werden oder mal eine andere Arbeitsform eingesetzt wird ... das muss ja alles immer aktualisiert, dokumentiert und kommuniziert werden. Das hört sich erstmal wenig an, aber es kann sich wirklich läppern. Hinzu kommen die Meldungen der Schüler:innen, wenn sie in Quarantäne müssen; das zieht einen ganzen Berg an Organisation, Formalia, Telefonaten und Distanz-Aufgaben für die Quarantäne von allen Fachlehrkräften nach sich.

Momentan dauert es auch oft lange, bis wir Nachricht vom Gesundheitsamt bekommen, welche Schüler:in jetzt wann und für wie lange in Quarantäne soll. Dazu kommt, dass viele Lehrer:innen sich das digitale Unterrichten erst noch aneignen müssen. Ebenso haben wir mehr Aufsicht in den Pausen, weil wir die Schüler:innen auf dem Schulhof in den Gruppen halten müssen. Dieses Mehr an Aufsichten sorgen dafür, dass vieles, was wir vorher zwischendrin gemacht haben, hinten dranhängen müssen.

Wie reagieren die Schüler:innen auf die Situation?

Viele Schüler:innen haben psychosoziale Probleme, die durch die Krise verstärkt wurden. Wir haben Schüler:innen, die keinen Raum zuhause haben, in dem sie ungestört ihre Aufgaben erledigen können, geschweige denn jemanden, der sie zuhause unterstützen kann, wenn es in den Distanzunterricht geht. Aus der Erfahrung im März heraus machen sich viele Sorgen, dass es wieder Distanzunterricht geben wird.

Und sehen Sie Problematiken für diesen Jahrgang bei den Abschlüssen, dass einige nicht hinterherkommen?

Ich weiß, dass viele sich wirklich große Sorgen machen, die jetzt vor dem Abschluss stehen. Ich lehre nicht an einem typischen „gutbürgerlichen Gymnasium“, wo die Eltern sich entsprechend mit den eigenen Kindern hinsetzen können, Nachhilfen organisieren oder was auch immer zusätzlich helfen kann, wie selber Lernmaterial kaufen. Viele Schüler:innen haben wirklich Angst, ihren Abschluss nicht zu schaffen und bekommen oft die Existenzängste ihrer Familien mit.

Also empfinden Sie, dass die Corona-Zeit die Schere größer macht oder gemacht hat?

Ja, definitiv! Das, was jetzt schon vor und nach den Osterferien passiert ist, hat aus meiner Sicht definitiv schon die Schere größer gemacht. Viele Schüler:innen sind trotz mehrerer mangelhafter Leistungen versetzt worden. Aus meinen Klassen sind nur wenige in die freiwillige Wiederholung gegangen. Für sie wird es in diesem Jahr natürlich nicht einfacher. Es ist schwierig genug, die Defizite vom letzten Schuljahr aufzuholen.

Einige Lehrkräfte sind aufgrund ihres Risikogruppen-Status schon jetzt im Distanzunterricht – das macht es nicht einfacher für die Schüler:innen, verpasste Inhalte aufzuholen und Neues zu erarbeiten. Denn selbst wenn der Distanzunterricht perfekt geplant und durchgeführt würde, wenn alle die besten Geräte zuhause hätten – es ist eine andere Art Unterricht. Eine, bei der eben der persönliche face-to-face-Kontakt fehlt, der aus meiner Erfahrung heraus immens wichtig ist. Das wird oft vergessen.

Wäre es sinnvoll gewesen, wenn sich die Schulen mit den Universitäten zusammenschlossen hätten und Lehramtsstudierende zum Beispiel AGs angeboten hätten, um das Wissen zu festigen? Vor allem an Schulen, die Hilfe benötigen.

Eine gute Idee, Lehramtsstudierende mit ins Boot zu holen, die in Sachen Mediendidaktik usw. auf dem neuesten Stand sein sollten.

In anderen Bereichen, z.B. bei der Sprachförderung, gibt es ja ähnliche Projekte. Sowas hätte man vielleicht sogar in den Sommerferien machen können. Das war wirklich gut und ich konnte schon einige Ideen, die beim TeachersDay entstanden sind, umsetzen.

Würden Sie es befürworten, früher in die Weihnachtsferien zu gehen?

Ich finde, dass es für die meisten meiner Schüler:innen besser wäre, wenn sie zur Schule kommen. Zum einen haben einige nicht die Möglichkeit, zu Hause vernünftig zu lernen und deswegen halte ich die Schule für den besten Lernort für sie. Zum anderen wissen wir, dass häusliche Gewalt in der Krise jetzt angestiegen ist sowie die psychischen Probleme sich intensiviert haben. Das merke ich auch bei den jungen Menschen an unserem Berufskolleg.

Natürlich muss das Infektionsrisiko verringert werden, aber ich bin nicht überzeugt davon, dass Schulschließung die beste Lösung ist, um dies zu erreichen und halte es für wichtig, dass die Schüler:innen zur Schule kommen können.

Wie könnte eine Alternative zur aktuellen Gestaltung der Schule unter Covid-19 aussehen?

Ich kann leider keine durchdachte Lösung anbieten, höchstens ein paar Gedanken, die alle nicht neu sind: Am besten wäre es, wenn wir die Gruppen teilen könnten aber nicht in der Form, dass die einen Jahrgänge zu Hause bleiben und dann kommt nach und nach die nächste Gruppe zurück, sondern einfach in kleineren Gruppen unterrichten – was sowieso auch ohne Corona sehr wünschenswert wäre. Jedoch fehlen hierfür Klassenräume und Lehrkräfte. Die mentale Gesundheit der Schüler:innen muss mehr Beachtung finden: in Form von einer ausgebauteren Schulsozialarbeit.

Hat die Pandemie aufgezeigt, wo das Problem in unserem Schulsystem ist?

Ich denke nicht, dass irgendetwas entlarvt wurde, das zuvor nicht bekannt war.

:Dieses Interview führte **Abena Appiah**

